



Kaufkraftverlust durch Indexdeckel

Seite 4

Inhalt

Seite 3

Kündigungsfristen

Seiten 4-5

Kaufkraftverlust durch Indexdeckel

Seite 6

Mehrwertsteuerlücke

Seite 7

Weniger Feuerwehrleute in Europa

Seiten 8-9

Le Bois du Cazier: 70 Jahre danach

Seite 10

Friseurhandwerk: ISO-Norm für
Schutzhandschuhe

Seite 11

D'leteren will 344 Jobs streichen

Seiten 12-13

Strom: Entscheidende Frage für die
Zukunft der Beschäftigung

Seiten 14-15

CNE-Info

Seite 16

Meldungen

Impressum

Anschrift der Redaktion:

CSC Info
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressediens@acv-csc.be

Redaktion:

Claudine Legros	Liliane Louges
Angela Mertes	Jochen Mettlen
Mike Mettlen	Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Öffnungszeiten & Kontakt

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)
kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen Montags 8.30 - 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien



Kündigungsfristen: Vorsicht bei neuen Arbeitsverträgen

Ihr Arbeitgeber bietet Ihnen wegen eines neuen Arbeitsorts, geänderter Arbeitszeiten oder einer Regelung zum Laufbahnende einen neuen Arbeitsvertrag an? Achtung!

Seit dem 1. Juni 2026 gilt eine neue Regelung: Für Arbeitsverträge, die ab diesem Datum neu abgeschlossen werden, sind die Kündigungsfristen auf maximal 52 Wochen begrenzt. Deshalb sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht vorschnell einen neuen Vertrag unterschreiben, wenn lediglich Arbeitszeiten, Arbeitsort oder

andere Arbeitsbedingungen angepasst werden. Falls Ihr Arbeitgeber dennoch auf einem neuen Vertrag besteht, gibt es zwei Möglichkeiten:

Die beste Lösung: Einen Zusatz zum bestehenden Arbeitsvertrag unterschreiben. Darin sollte klar festgehalten werden, dass der ursprüngliche Vertrag weiterhin gilt und lediglich einzelne Punkte wie Arbeitszeiten oder Arbeitsort angepasst werden.

Alternativ: Einen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben, aber mit folgender Zusatzklausel: „Jede Vertragspartei kann den Arbeitsvertrag unter Einhaltung der in Artikel 37/2 des Arbeitsvertragsgesetzes vorgesehenen Kündigungsfristen beenden. Beide Parteien vereinbaren jedoch, Artikel 37/2 §1/1 des Arbeitsvertragsgesetzes nicht anzuwenden.“

Wichtig zu wissen: Es ist weiterhin möglich, in betrieblichen Kollektivabkommen oder individuellen Arbeitsverträgen günstigere Kündigungsfristen für Beschäftigte vorzusehen. Das wurde bereits 2018 sowohl vom Verfassungsgerichtshof als auch vom Ministerrat bestätigt. Die CSC und andere Gewerkschaften haben außerdem angekündigt, die Begrenzung auf 52 Wochen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Kürzere Kündigungsfrist in den ersten sechs Monaten

Die Regierung hat die Probezeit zwar nicht offiziell wieder eingeführt, praktisch kommt sie jedoch teilweise zurück. Für Arbeitsverträge, die ab dem 1. August 2026 beginnen, gilt während der ersten sechs Monate eine einheitliche Kündigungsfrist von nur einer Woche. Das gilt sowohl für Kündigungen durch den Arbeitgeber als auch durch den Arbeitnehmer. Da diese Regelung nicht an eine klassische Probezeitklausel gebunden ist, betrifft sie alle Beschäftigten, die eine neue Stelle antreten, unabhängig davon, ob sie Berufseinsteiger sind oder bereits viele Jahre Berufserfahrung haben.

Diese Maßnahme schwächt den Kündigungsschutz zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses und könnte deshalb gegen bestimmte europäische Vorschriften zum Schutz bei Kündigungen verstoßen. Deswegen haben die CSC, die FGTB und Synova sie vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten.

Die klassische Probezeit wurde abgeschafft und existiert nur noch für Studentenjobs, Zeitarbeit und bestimmte befristete Beschäftigungsverhältnisse.



Kaufkraftverlust durch Indexdeckel

Der Indexdeckel ist eine Maßnahme, die von der Regierung im Rahmen der Haushaltsverhandlungen beschlossen wurde. Er ist Teil des Programmgesetzes, das am 29. Mai von der Abgeordnetenversammlung verabschiedet wurde und eine Teilkürzung der automatischen Indexierung in den Jahren 2026 und 2028 vorsieht.

Wie wird der Indexdeckel berechnet?

Bruttolöhne bis 4.000 Euro werden indexiert, Leistungen (u.a. die Renten) bis 2.000 Euro ebenfalls. Der Einkommensanteil, der bei Löhnen 4.000 Euro und bei Leistungen 2.000 Euro übersteigt, wird nicht mehr indexiert.

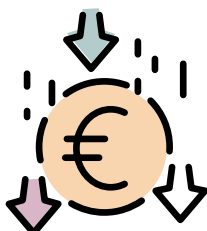
Mit dieser Maßnahme verlieren Arbeitnehmer und Leistungsempfänger nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig an Kaufkraft. Diese Begrenzung hat nämlich kumulative Auswirkungen und beeinflusst sowohl die Lohnstarife als auch zukünftige Lohnerhöhungen.

Gut zu wissen: Der Begriff „Lohn“ bezeichnet den monatlichen Bruttolohn. Prämien und andere außergesetzliche Vorteile werden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

Liegt die Inflation über 2 %, gilt eine andere Berechnungsmethode. In diesem Fall wird von der Inflationsrate ausgegangen und davon werden 2 % abgezogen, um die Indexierung zu berechnen.

Wie hoch ist der Lohnverlust bei einer jährlichen Indexierung?

Beispiel: Nehmen wir einen Arbeitnehmer mit einem monatlichen Bruttolohn von 5.000 Euro, der einmal jährlich im Januar indexiert wird, und eine Inflation von 2 % im Jahr 2026. Die Indexierung im Januar



2027 wird dann wie folgt berechnet: $(4.000 + 4.000 \times 2\%) + (1.000 + 1.000 \times 0\%) = 4.080 + 1.000 = 5.080$ Euro. Im alten System, also ohne Indexdeckel, hätte dieser Arbeitnehmer im Januar 2027 erhalten: $5.000 + (5.000 \times 2\%) = 5.100$ Euro. Das entspricht einem Verlust von 20 Euro pro Monat.

Nehmen wir denselben Arbeitnehmer, aber mit einer Inflation von 4 % im Jahr 2026. Die Indexierung im Januar 2027 sieht mit Indexdeckel dann folgendermaßen aus: $(4.000 + 4.000 \times 4\%) + (1.000 + 1.000 \times 2\%) = 4.160 + 1.020 = 5.180$ Euro. Im alten System, also ohne Indexdeckel, hätte dieser Arbeitnehmer im Januar 2027 erhalten: $5.000 + (5.000 \times 4\%) = 5.200$ Euro. Das entspricht ebenfalls einem Verlust von 20 Euro pro Monat.

Wie hoch ist der Lohnverlust bei einer monatlichen Indexierung?

Beispiel: Für einen Arbeitnehmer, der in einem Sektor mit monatlicher Indexierung beschäftigt ist, liegt die monatliche Inflation strukturell deutlich unter 2 % (oft zwischen 0,1 % und 0,4 % pro Monat). In diesem Fall sieht das Programmgesetz das Prinzip des kumulativen Aufschubs vor: Für den Lohnanteil bis 4.000 Euro brutto wird die monatliche Indexierung normal und vollständig angewendet. Für den Teil über 4.000 Euro brutto erfolgt keine Indexierung, solange die kumulierte



Summe der monatlichen Indexierungen die Schwelle von 2 % nicht erreicht hat.

Beispiel: Nehmen wir einen Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 5.000 Euro, dessen Sektor eine monatliche Indexierung anwendet:



Monat 1 (Indexierung von 1 %)

- Die ersten 4.000 Euro steigen um 1 % (+ 40 Euro).
- Die verbleibenden 1.000 Euro bleiben unverändert.
- Neuer Bruttolohn: 5.040 Euro.

Monat 2 (Indexierung von 1,5 %)

- Die kumulierte sektorale Indexierung beträgt nun 2,5 % (1 % + 1,5 %). Die 2 %-Grenze ist überschritten.
- Um die ersten 2 % zu erreichen, wird eine Indexierung von 1 % auf die ersten 4.000 Euro angewendet. Dieses 1 % gilt weiterhin nicht für den Einkommensteil über 4.000 Euro. Daraus ergibt sich erneut eine Erhöhung um 40 Euro.
- Der Inflationsanteil oberhalb dieser 2 %, in diesem Fall 0,5 %, wird anschließend auf den gesamten Lohn angewendet, also + 25,20 Euro.
- Der gesamte Bruttolohn beläuft sich nun auf 5.105,20 Euro.
- Bei der monatlichen Indexierung gilt die Blockierung des Einkommensteils über 4.000 Euro nicht dauerhaft. Der Lohn wird nur für die ersten 2 % der ab dem 1. Juni 2026 berechneten Indexierung „gebremst“. Sobald diese 2 %-Reserve durch die kumulierten monatlichen Indexierungen aufgebraucht ist, steigt der Lohn wieder normal weiter.

Um den Index besser zu verstehen, besuchen Sie unsere Website:

www.diecsc.be/verbraucherpreisindex

Was ist mit dem Vorschlag der Sozialpartner?

Die Sozialpartner, die in der Gruppe der Zehn vertreten sind, haben im April ein alternatives Abkommen ausgehandelt. Dessen wichtigster Fortschritt wäre die Abschaffung des Indexdeckels im Privatsektor. Im öffentlichen Sektor und für bestimmte Leistungen bliebe der Indexdeckel aber teilweise anwendbar, auch wenn Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind.

Das Abkommen enthält außerdem weitere wichtige Vorschläge, insbesondere eine Änderung der Art und Weise, wie Energiepreise (Gas und Strom) bei der Berechnung des Index berücksichtigt werden. Ziel ist es, den Index stabiler und repräsentativer für die tatsächlichen Preise zu machen, indem weiterhin bestehende ältere Energieverträge berücksichtigt und Preisschwankungen durch einen Zwölf-Monats-Durchschnitt geglättet werden. Gleichzeitig würde der Sozialtarif für Energie beibehalten, sodass weiterhin viele vulnerable Haushalte vor Preissteigerungen geschützt werden können.

Die CSC unterstützt dieses Abkommen, weil dadurch eine stark negative Maßnahme für die Arbeitnehmer vermieden und gleichzeitig das Wesentliche des Systems der automatischen Indexierung gewahrt würde. Das Abkommen würde die Kaufkraftverluste begrenzen, für mehr Stabilität sorgen und schutzbedürftige Haushalte besser absichern. Außerdem würden dadurch noch ungünstigere Szenarien vermieden, die ebenfalls diskutiert wurden, wie etwa tiefgreifendere Änderungen des Indexierungs- und Lohntarifsystems.

Wie steht die CSC zu dieser Maßnahme?

Für die CSC ist diese Maßnahme grundsätzlich problematisch, da sie direkt in den Mechanismus der automatischen Indexierung eingreift, der normalerweise Gegenstand des Dialogs zwischen den Sozialpartnern ist. Sie führt darüber hinaus nicht nur zu einem dauerhaften Kaufkraftverlust, sondern wird zudem auf ungerechte Weise angewendet - insbesondere weil familiäre Situationen bei den Sozialleistungen nicht berücksichtigt werden - und erweist sich in vielen Sektoren als besonders komplex in der Umsetzung. Auch wenn ein Teil des Gewinns für die Unternehmen theoretisch weitergegeben werden soll, stellt die Maßnahme insgesamt einen Vorteil für die Arbeitgeber dar, der von den Arbeitnehmern finanziert wird.





Mehrwertsteuerlücke: Mehr als zwei Milliarden Euro zum Greifen nah

Die Differenz zwischen der Mehrwertsteuer, die unser Land eigentlich einnehmen sollte, und jener, die tatsächlich eingezogen wird, liegt deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Sowohl bei den Unternehmen als auch bei den einzelnen Steuerzahlern gibt es viel Geld zurückzufordern.

Die Arizona-Regierung hatte eine umfassende Mehrwertsteuerreform angekündigt. „Ich wollte ein Vollblutpferd, aber schlussendlich haben wir ein stinkendes Kamel bekommen“, kommentierte Premierminister Bart De Wever diese Reform.

Dennoch wären im Bereich der Mehrwertsteuer noch einige rasch umsetzbare Verbesserungen möglich. „2023 gingen unserem Land 12,3 % der insgesamt geschuldeten Mehrwertsteuer verloren, weil diese Steuer nicht oder nur teilweise entrichtet wurde. Jedes Jahr entgehen dadurch Hunderte Millionen Euro, weil die Mehrwertsteuer nicht ordnungsgemäß eingezogen wird“, erklärt François Sana vom Studiendienst der CSC. „Die vorherige Regierung hat zwar mit der Einführung der elektronischen Rechnungsstellung zwischen Unternehmen Maßnahmen ergriffen, doch es sind weitere Schritte notwendig, um die Lücke zum übrigen Europa zu schließen.“

Im europäischen Durchschnitt beläuft sich die Quote der nicht eingezogenen Mehrwertsteuereinnahmen

auf 9,5 %. Würde Belgien sich diesem europäischen Durchschnitt annähern, wären zusätzliche Einnahmen von 1,19 Milliarden Euro möglich. Bis 2029 würde dieser Betrag sogar auf 1,42 Milliarden Euro ansteigen.

Die Ergebnisse könnten rasch sichtbar werden, da am bestehenden System nichts geändert werden müsste. „Unternehmen, die keinen Betrug begehen, wären nicht betroffen. Lediglich die Betrüger würden aus dem System entfernt“, sagt

Steuerkonstruktionen und Vermögen: Ein gerechteres System ist möglich

Im Laufe der Zeit hat sich das belgische Steuersystem zu einem Geflecht aus Ausnahmen, Vorzugsregelungen und Schlupflöchern entwickelt. Das Ergebnis ist ein System, das nicht nur komplex und undurchsichtig, sondern auch ungerecht ist. Menschen, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Arbeit verdienen, tragen oft eine höhere Steuerlast als jene, deren Einkommen aus Vermögen oder ausgeklügelten steuerlichen Konstruktionen stammt. Deshalb setzt sich die CSC für eine ambitionierte Steuerreform ein, die auf Einfachheit und Gerechtigkeit basiert.

Folgende Maßnahmen wären ein wichtiger Schritt in diese Richtung:

- › Gleichbehandlung aller Einkommensarten: 12,9 Milliarden €
- › Gerechter Beitrag auf alternative Vergütungsformen: 756 Millionen €
- › Strengere Regelung des Rückkaufs eigener Aktien: 1 Milliarde €
- › Reform der Managementgesellschaften: 526 Millionen €
- › Gerechter Beitrag großer Vermögen: 5 Milliarden €

François Sana.

„Um diese Milliarden einzutreiben, ist jedoch zusätzliches Personal notwendig. Zwischen 2016 und 2021 ist die Zahl der Mehrwertsteuer-Prüfer um 21 % gesunken. Laut einem Bericht des Rechnungshofes wurde die Zahl der Kontrolleure dreimal schneller reduziert als in den übrigen Diensten des FÖD Finanzen.“

Missbrauchsbekämpfung

Die Steuerverwaltung verfügt bereits über eine Missbrauchsbekämpfungsklausel, die es ihr erlaubt, umfassender gegen die missbräuchliche Nutzung der Steuergesetzgebung vorzugehen. In der Praxis erweist sich dieses Gesetz jedoch als schwer anwendbar: Sobald ein Steuerpflichtiger versucht, eine steuerliche Konstruktion zu rechtfertigen, findet er vor Gericht oft Gehör. Der Steuerverwaltung gelingt es nur selten nachzuweisen, dass ein bestimmtes Rechtsgeschäft gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, die meist vage und wenig konkret formuliert sind.

„Wir setzen uns dafür ein, den Begriff des Steuerrechtsmissbrauchs im Gesetzbuch beizubehalten“, argumentiert François Sana vom Studiendienst der CSC. „Es sollte jedoch ausreichen, wenn die Steuerverwaltung nachweist, dass der Steuerpflichtige in diesem Zusammenhang keinen anderen Zweck als einen Steuervorteil verfolgte. Heute kann ein Steuerpflichtiger Sanktionen noch entgehen, wenn er sich auf nicht steuerliche Gründe zur Rechtfertigung der Transaktion beruft. Für die Steuerverwaltung ist es dann äußerst schwierig zu beweisen, dass diese Gründe nicht der Realität entsprechen.“

Diese Maßnahme sollte den öffentlichen Haushalten mindestens 750 Millionen Euro einbringen.

Europa verliert 2025 über 18.000 Feuerwehrleute

Mehr als 3.200 Hektar wurden bei dem Großbrand im Hohen Venn verwüstet. In der gesamten EU verbrannten 2026 mehr als eine Million Hektar Fläche. Ein Horrorjahr, dennoch wird kontinuierlich Personal bei den Feuerwehren abgebaut. Allein 2025 fielen in Europa 18.200 Stellen dem Rotstift zum Opfer. Eine verantwortungslose Entwicklung.

Die im August von Eurostat veröffentlichten Zahlen zeigen einen erheblichen Rückgang der Zahl der Feuerwehrleute in dem Jahr, das hinsichtlich der Waldbrände als das bisher verheerendste gilt. 2025 zählte Europa 372.400 Berufsfeuerwehrleute gegenüber 390.600 im Jahr 2024. Das entspricht einem Rückgang von etwa fünf Prozent. 18.200 Stellen wurden abgebaut. Belgien hatte letztes Jahr 8.000 Berufsfeuerwehrleute, 200 weniger als 2024.

Als Reaktion auf eine von den Gewerkschaften geführte Kampagne forderte die EU-Kommission im März die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass ihre Feuerwehren über ausreichendes Personal verfügen, um den zunehmenden Klimarisiken begegnen zu können. Einige der stärksten Personalabbauten erfolgten jedoch in Ländern, gegen die die Kommission 2024 ein „Verfahren bei übermäßigem Defizit“ eingeleitet hatte. So verlor beispielsweise Polen 9.000 Feuerwehrleute, in Frankreich waren es 4.100.

„Müssen Sparpolitik ein Ende setzen“

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert eine Überarbeitung der wirtschaftspolitischen Steuerungsregeln der EU, damit alle Mitgliedstaaten in essenzielle öffentliche Dienstleistungen und deren Personal investieren können. *„Unsere Feuerwehren nicht ausreichend mit Personal auszustatten, ist eine trügerische Sparmaßnahme in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Kosten von Waldbränden in die Milliarden gehen“,* erklärt Esther Lynch, Generalsekretärin des EGB.

Jan Willem Goudriaan, Generalsekretär der Europäischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, kommt zu dem Schluss: *„Der Fokus der Kommission auf Deregulierung und Wettbewerbsfähigkeit geht völlig an den Sorgen der Bevölkerung vorbei und stärkt auch nicht die Vorbereitung auf Notfälle. Wir müssen der Sparpolitik ein Ende setzen, uns auf den Klimawandel und einen gerechten Übergang konzentrieren: in Feuerwehr- und Rettungsdienste investieren, mehr Personal einstellen und die Arbeitnehmer schützen, die uns schützen.“*

Der Brand im Hohen Venn machte den Investitionsmangel bei den öffentlichen Diensten sichtbar.



Le Bois du Cazier: die Erinnerung an die Opfer ist lebendiger denn je

Vor 70 Jahren verloren 262 Bergleute bei der größten Grubenkatastrophe in der Geschichte Belgiens ihr Leben. Die Erinnerung an sie wachzuhalten ist wichtiger denn je, betonen die Angehörigen der Opfer einstimmig. *„Noch heute sehen wir die Folgen der Fehler, die damals in Marcinelle begangen wurden.“*

8. August 1956: Fast 1.000 Meter unter der Erde stellt der Bergmann Antonio Ianetta in der Zeche Bois du Cazier einen mit Kohle beladenen Förderwagen in den Förderkorb. Was er nicht weiß: Der Förderkorb hätte auf seiner Ebene eigentlich gar nicht anhalten dürfen. Der Korb blockiert, Leitungen reißen, und kurz darauf bricht ein schweres Feuer aus.

Es ist der Beginn der größten Bergwerkskatastrophe der belgischen Geschichte. Jede Kommunikation zwischen Über-Tage-Anlagen und Grube ist unterbrochen. Die untertägig arbeitenden Bergleute sitzen fest. Fünfzehn Tage später kehrt ein Retter an die Tagesoberfläche zurück. *„Tutti cadaveri“* sagt er. *„Nichts als Leichen.“* Insgesamt sterben 262 Kumpel, darunter 136 italienische Gastarbeiter.

„Manifesto rosa“

Zehn Jahre vorher hatte Belgien mit Italien ein Abkommen geschlossen, um Arbeitskräfte anzuwerben. *„Es handelte sich um eine organisierte Arbeitsmigration“*, erklärt der Historiker Emmanuel Gérard. *„Nach dem Zweiten Weltkrieg musste das Land wieder aufgebaut werden. Kohle war dafür unverzichtbar. Gleichzeitig gab es einen Mangel an Bergleuten. Dank des Abkommens kamen rund 50.000 Italiener nach Belgien, um in den Bergwerken zu arbeiten.“*

Im Gegenzug erhielt Italien 200 Kilogramm Kohle pro Arbeitstag und Bergmann. *„Per un sacco di carbone.“* Ein Arbeiter gegen einen Sack Kohle. Italien war damals äußerst arm. *„Die Lage war katastrophal“*, erzählt Coraly Aliboni, Tochter des Bergmanns Sergio Aliboni. *„Mein Großvater konnte seine Familie kaum ernähren. Als er in seinem Dorf den Aufruf des belgischen*

Bergarbeiterverbandes sah, das berühmte manifesto rosa, griff er nach dieser Chance.“

Die Versprechungen waren verlockend: guter Lohn, Unterkunft, bezahlter Urlaub und eine kostenlose Fahrkarte nach Belgien. Nach einer strengen medizinischen Untersuchung stieg ihr Großvater in den Zug. Ihr Vater, damals 15 Jahre alt, folgte ihm nach Charleroi, um in der Zeche Puits 18 zu arbeiten. *„Ich kann mir kaum vorstellen, was mein Großvater empfunden haben muss, als er seinen Sohn in diesen Förderkorb steigen sah.“*

Deutsche Kriegsgefangenen-Baracken dienten als Unterkünfte

Die Realität hatte wenig mit den Versprechungen gemeinsam. *„Erst bei ihrer Ankunft erfuhren sie, worin die Arbeit tatsächlich bestand“*, berichtet Emmanuel Gérard. *„Für viele war das ein Schock.“*

Fulvia Aufiero, Tochter eines Bergmanns, erinnert sich an die schwierigen ersten Tage ihres Vaters: *„1.000 Meter unter der Erde. Angst und Panik überwältigten ihn. Die Arbeitsbedingungen waren katastrophal. Sie atmeten ständig Staub ein. Es war die Hölle. Das Einzige, was die Grubenbesitzer interessierte, war der Profit.“*

Auch die Unterkünfte entsprachen keineswegs den Versprechungen. *„Als meine Großmutter in Charleroi ankam, fragte sie meinen Großvater, wo die Häuser seien“*, erzählt Coraly Aliboni. *„Queste sono le case (Das sind die Häuser)“*, antwortete er und zeigte auf etwas, das eher einem Stall ähnelte. Die Wohnungen waren Baracken, in denen früher deutsche Kriegsgefangene untergebracht worden waren. Es gab weder fließendes

Wasser noch irgendeinen Komfort.

Veraltete und gefährliche Bergwerke

Die Historikerin und Fremdenführerin Marie-Louise De Roeck beschreibt die Situation als beklagenswert, gefährlich und ungesund. *„Die Zeche Bois du Cazier stammte bereits aus dem Jahr 1880. Die wallonischen Bergwerke waren veraltet, im Gegensatz zu den moderneren Limburger Zechen, die ab 1920 entstanden. Dennoch wurde das Arbeitstempo immer weiter erhöht. In den 1950er Jahren waren Unfälle an der Tagesordnung.“*

Alain Forti bestätigt dies: *„Die Bergwerksverwaltung wusste von falsch beladenen Förderwagen, Bränden oder gerissenen Kabeln. Trotzdem schaute sie weg. Bis zum Tag der Katastrophe.“*

„Diese Probleme wurden dem Ausschuss für Arbeitssicherheit und Betriebshygiene nicht gemeldet, weil die Gewerkschaften bis 1971 stark unterdrückt wurden. Die Kumpel selbst verhinderten durch ihre Solidarität und Wachsamkeit zahlreiche Unfälle“, ergänzt Marie-Louise De Roeck.

„Ob Ingenieur, Direktor oder einfacher Bergmann: Unter Tage waren alle gleich. Die gemeinsame Arbeit in einer engen und gefährlichen Umgebung schuf ganz natürlich einen starken Zusammenhalt“, sagt Alain Forti. Oder, wie ein altes Bergmannssprichwort sagt: *„Unter Tage sind alle schwarz.“*

Ein katastrophaler Ruf

Trotz aller Sicherheitsversprechen genossen die belgischen Bergwerke insbesondere in Italien einen sehr schlechten Ruf. Nach der Katastro-

phe von Marcinelle ging die italienische Einwanderung stark zurück. „Erst dann begann man ernsthaft, sich mit dem Sicherheitsproblem in den Bergwerken auseinanderzusetzen“, erklärt Emmanuel Gérard. „Doch eigentlich war es zu wenig und zu spät. Viele wallonische Bergwerke waren zu diesem Zeitpunkt bereits geschlossen worden, weil sie nicht mehr rentabel waren.“

Ein Sündenbock

Die Verantwortung für die Katastrophe wurde letztlich einem Direktor zugeschrieben, der gleichzeitig Grubeningenieur war. „Rund um die Zeche Marcinelle lebten Menschen aus zwölf verschiedenen Nationen zusammen. Bis heute tauchen neue Geschichten über Auswanderung, Integration, mangelnde Anerkennung und Unterdrückung auf“, erzählt Marie-Louise De Roeck.

Sie zieht eine klare Lehre: „In den 1950er Jahren standen Kohleförderung und Profit im Mittelpunkt, nicht die Sicherheit der Arbeiter. Diese Erkenntnis bleibt aktuell.“ Luca Baldan von der CSC Bau-Industrie & Energie ergänzt: „Noch immer riskieren zu viele Arbeitnehmer ihre Gesundheit oder ihr Leben am Arbeitsplatz. Politisch Verantwortliche wollen Schutzbestimmungen abbauen und wirtschaftliche Interessen über die Sicherheit stellen. Das ist nicht akzeptabel.“

Silikose

Das Porträt von Sergio Aliboni hängt heute groß am Eingang des Bois du Cazier. „Mein Vater arbeitete nur sechs Jahre im Bergbau“, erzählt Coraly Aliboni. „Doch diese Jahre haben ihn für immer geprägt. Körperlich litt er an Silikose, der typischen Lungenkrankheit der Bergleute. Vor allem aber trug er sein ganzes Leben lang den Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit sowie das Andenken an die Opfer in sich.“ Heute ist der Bois du Cazier ein Museum und ein lebendiger Erinnerungsort.

„Wir dürfen niemals vergessen, was die vorherige Generation für uns geleistet hat“, betont sie. „Die Arbeit in den Zechen war ein menschliches Opfer, verbunden mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Es liegt an uns, diese Geschichte weiterzugeben. Sonst wären all diese Opfer umsonst gewesen.“

www.leboisducazier.be



Der Generalsekretär der CSCBIE und die Tochter eines ehemaligen Bergarbeiters gedenken der Opfer der Tragödie.

Bergmann Urbano Ciacci (95) entkam der Katastrophe

„Ich bin der letzte Kumpel von Marcinelle. Mit 18 Jahren suchte ich mein Glück und fuhr mit dem Zug nach Belgien. An meinem ersten Arbeitstag dachte ich, mein Herz würde mir aus der Brust springen. Man fällt buchstäblich in ein schwarzes Loch. Umkehren war keine Option. Also blieb ich“, erklärt Urbano Ciacci.

„Am Tag der Katastrophe war ich für einige Tage in Italien, um zu heiraten. Das hat mir das Leben gerettet. Sonst wäre ich heute nicht mehr hier. Unter den Opfern waren Männer aus meinem Dorf. Einer von ihnen sang besser als Pavarotti. Daran erinnere ich mich noch heute“, so der 95-Jährige.

„Ich habe dreißig Jahre lang in verschiedenen wallonischen Bergwerken gearbeitet. Wenn ich die Wahl hätte, würde ich es ohne zu zögern wieder tun. Ich bin stolz darauf, Bergmann zu sein.“

Friseurhandwerk: ISO-Norm für Schutzhandschuhe

Die ISO-Norm für Schutzhandschuhe gegen gefährliche chemische Stoffe im Friseurhandwerk ist nun auf europäischer und internationaler Ebene in Kraft getreten. Ein wichtiger Schritt für die Beschäftigten und ein Erfolg für die Gewerkschaften. Darüber sprachen wir mit Dimitra Penidis vom Studiendienst der CSC Bau-Industrie & Energie.

Warum ist diese Norm ein gewerkschaftlicher Erfolg?

Sie ist das Ergebnis von mehr als zehn Jahren gewerkschaftlichen Engagements. Bereits 2012 einigten sich die europäischen Sozialpartner der Friseurbranche auf eine Rahmenvereinbarung zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten. Während diese Vereinbarung in Belgien direkt in ein sektorielles Kollektivabkommen umgesetzt wurde, verweigerte die EU-Kommission auf Druck verschiedener Lobbygruppen die Umsetzung in eine europäische Richtlinie.

Trotz einer Sensibilisierungskampagne der europäischen Gewerkschaften und einer Überarbeitung der Vereinbarung blieb die Kommission bei ihrer Haltung. Sie unterstützte jedoch finanziell einen Aktionsplan zur eigenständigen Umsetzung der Vereinbarung im Friseurgewerbe.

Dadurch konnten die Sozialpartner unter anderem daran arbeiten, die Richtlinie für kosmetische Produkte zu verbessern, damit auch die beruflichen Risiken berücksichtigt werden, denen Friseurinnen und Friseure bei der Verwendung dieser Produkte ausgesetzt sind. Gleichzeitig trieben sie die Entwicklung einer Norm für Schutzhandschuhe voran, die klare Anforderungen an Herstellung, Materialien und Schutzwirkung festlegt. Die Veröffentlichung dieser Norm ist ein bedeutender Fortschritt für die Beschäftigten der Branche.

Welche Probleme sollen diese Handschuhe lösen?

Viele Friseurinnen und Friseure leiden unter Hautproblemen, weil sie täglich mit Wasser und chemischen Produkten in Kontakt kommen, die bei Färbungen, Dauerwellen oder Haarwäschen verwendet werden.

Ohne ausreichenden Schutz können diese Belastungen langfristig zu Hautentzündungen und Ekzemen führen. Die neue ISO-Norm legt deshalb verbindliche Anforderungen an Schutzhandschuhe fest, etwa hinsichtlich der Größe, des Materials oder der Schutzwirkung. So müssen die Handschuhe beispielsweise bis unter den Ellenbogen reichen, damit kein Wasser in das Innere gelangen kann.

Die Gewerkschaften haben sich intensiv dafür eingesetzt, diese gesundheitlichen Risiken stärker in den Fokus zu rücken, und gemeinsam mit Fachleuten an der Ausarbeitung der technischen Vorgaben mitgewirkt. Der Einsatz geeigneter Handschuhe kann das Risiko von Hauterkrankungen deutlich senken.

Ob sich die neuen Handschuhe im Berufsalltag bewähren, wird sich allerdings erst noch zeigen müssen.

Viele Friseure leiden unter Hautproblemen, weil sie täglich mit chemischen Produkten in Kontakt kommen.



Entscheidend wird sein, wie sie von den Fachkräften angenommen werden, zumal die Anforderungen an ihre Herstellung sehr hoch sind. Erst die Praxis wird zeigen, ob die Norm in Zukunft weiter angepasst werden muss. Fest steht jedoch: Sie ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Wann werden belgische Friseurinnen und Friseure diese Handschuhe verwenden können?

Mit der Veröffentlichung der Norm allein ist es noch nicht getan. Die Handschuhe müssen nun auch hergestellt werden. Deshalb setzt sich die CSC Bau-Industrie & Energie gemeinsam mit Uni Europa dafür ein, europäische Produzenten und Vertriebspartner zu gewinnen.

Darüber hinaus engagieren wir uns dafür, die Verwendung dieser Handschuhe auf europäischer und nationaler Ebene bekannt zu machen, unter anderem durch eine europäische Gewerkschaftskampagne auf Instagram zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz. Außerdem prüfen wir derzeit die Einführung einer Präventionsaktion für unsere Mitglieder, um die Nachfrage nach den neuen ISO-zertifizierten Handschuhen zu fördern.

Gibt es weitere Gesundheitsrisiken in der Branche?

Neben Hauterkrankungen sind auch Muskel- und Skeletterkrankungen im Friseurhandwerk weit verbreitet. Hinzu kommen Atemwegserkrankungen wie Asthma oder allergische Rhinitis. Um diesen Problemen vorzubeugen, wäre das Tragen von Schutzmasken sinnvoll, da sie vor schädlichen Partikeln aus Sprays und Aerosolen schützen. Doch genau hier stoßen wir noch auf Widerstände: Viele empfinden das Tragen einer Maske im Friseursalon als wenig attraktiv. Deshalb konzentrieren wir uns derzeit vor allem auf die Verbesserung der Belüftungs- und Absaugsysteme in den Salons. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Friseurhandwerk hat bereits wichtige Fortschritte gemacht, doch es bleibt noch einiges zu tun.

© stock.adobe.com



D'leteren Automotive will 344 Jobs streichen

Die Direktion von D'leteren Automotive hat einen „strategischen Transformationsplan“ angekündigt, der den Abbau von 344 Arbeitsplätzen zur Folge haben könnte. Eine Hiobsbotschaft für die Beschäftigten, aber die ACV-CSC METEA wird dieser Situation nicht tatenlos zusehen.

Die Ankündigung von D'leteren Automotive, einen umfangreichen Restrukturierungsplan umzusetzen, sorgt im Unternehmen und bei den Beschäftigten für große Besorgnis. „Bestimmte Tätigkeiten, Funktionen und Strukturen entsprechen nicht mehr den zukünftigen Marktgegebenheiten. Das Projekt sieht die Schließung bestimmter Standorte, die Zusammenlegung bestimmter Funktionen, die Neuorganisation mehrerer Teams sowie die Optimierung des Netzwerks vor, um den Erwartungen des Marktes besser gerecht zu werden“, heißt es in der Pressemitteilung von D'leteren.

Während die Unternehmensleitung diesen Transformationsplan als Weiterentwicklung betrachtet, sieht die ACV-CSC METEA darin vor allem die Schließung bestimmter Standorte und die Gefahr, dass 344 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. „Obwohl wir anerkennen, dass der belgische Automobilsektor vor tiefgreifenden Veränderungen steht, können wir nicht akzeptieren, dass die Arbeitnehmer erneut die Leidtragenden sein sollen. Wir werden alles daran setzen, Alternativen zu finden, um diese Arbeitsplätze zu erhalten“, erklärt Jamal El Yakoubi, Gewerkschaftssekretär der ACV-CSC METEA.

„344 ist nicht nur eine Zahl, sondern steht für 344 Arbeitnehmer und ihre Familien. Sie müssen sich heute einer ungewissen Zukunft stellen. Jeder Arbeitsplatz zählt, ebenso wie die Rechte und Interessen jedes einzelnen Arbeitnehmers. Dafür werden wir uns auch in den kommenden Wochen mit voller Überzeugung einsetzen“, so der Gewerkschafter.

Renault-Prozedur

Das gesetzlich vorgeschriebene Informations- und Konsultationsverfahren für die Arbeitnehmervertreter im Rahmen der Renault-Prozedur hat am 3. September begonnen. Die ACV-CSC METEA wird die Pläne der D'leteren-Direktion eingehend prüfen und sich für mögliche Alternativen einsetzen, um die Arbeitsplätze zu erhalten.



Strom: eine entscheidende Frage für die Zukunft der Beschäftigung

Ohne bezahlbare und nachhaltige Energie gibt es keine Industrie und keine Klimawende. Der Zugang zum Stromnetz ist dabei entscheidend, damit die Wallonie eine industrielle Zukunft hat.

Energie ist ein zentraler Produktionsfaktor für die Industrie. Die Energiewende bedeutet, dass fossile Energien Schritt für Schritt durch Strom ersetzt werden – idealerweise CO₂-arm. Aktuelle geopolitische Krisen zeigen jedoch: Schwankende Preise und Versorgungsprobleme können die Wirtschaft stark destabilisieren. Für Unternehmen ist die Verfügbarkeit von reichlich vorhandenem, zugänglichem und wettbewerbsfähigem Strom inzwischen ein entscheidender Faktor bei der Entscheidung, in der Wallonie zu bleiben, zu investieren, sich anzusiedeln ... oder abzuwandern. Ohne ausreichenden und zugänglichen Strom wird auch die Dekarbonisierung der Industrie – wie sie die europäischen Ziele bis 2050 verlangen – nicht gelingen.

Hinter diesen technischen Feststellungen steht auch eine soziale Realität: Ohne wettbewerbsfähige Energie sind tausende Arbeitsplätze gefährdet. Beschäftigte in energieintensiven Branchen wie Chemie, Glas oder Stahl stehen direkt unter diesem Druck. Die Elektrifizierung ist daher gleichzeitig eine große Chance und eine große Herausforderung für die Industrie in der Wallonie.

Hindernisse für den Übergang

Die Strompreise für die Industrie sind heute zwei- bis viermal höher als in manchen Konkurrenzregionen, zum Beispiel in den USA. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Belgien deutlich. Unternehmen stehen vor einem doppelten Druck: Sie müssen ihre CO₂-Emissionen senken und gleichzeitig im globalen Wettbewerb bestehen. Hohe Energiekosten können dazu führen, dass Investitionen verschoben, gestrichen

oder ins Ausland verlagert werden.

Neben dem Preis ist der Zugang zum Stromnetz ein ebenso kritisches Thema. Derzeit sind die Netze überlastet und können die steigende Nachfrage kaum bewältigen. Viele Industrieprojekte – auch Dekarbonisierungsprojekte – werden aufgrund fehlender Anschlusskapazitäten verzögert. Die Folgen: blockierte Investitionen, verzögerte Transformationsprojekte und schwer erreichbare Klimaziele. Es müssen Hoch- und Mittelspannungsnetze (Elia) sowie Niederspannungsnetze (Ores/Resa) ausgebaut werden. Ohne den vollständigen Ausbau der Transport- und Verteilinfrastruktur, die den Strom bis zu den Transformatoren der Industrie bringt, bleibt die Energiewende ein theoretisches Ziel – mit schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen.

Ein wichtiges Projekt ist die „Boucle du Hainaut“. Es betrifft das Hochspannungsnetz (380 kV) und ist zentral für die Energiezukunft. Dieses Projekt soll das Stromnetz stärken, erneuerbare Energien besser nutzen und die Versorgung der Industrie (Rechenzentren, Batteriespeicher, Ladestationen, Gewerbegebiete) sichern. Gemeinsam mit dem Projekt „Ventilus“ in Flandern wird Strom aus Offshorewindparks durch das Land transportiert. Geplant ist eine 84 km lange Hochspannungsleitung zwischen Avelgem und Courcelles. „Die Boucle du Hainaut ist wichtig, aber es gibt auch Defizite in den Netzen niedrigerer Spannung (150 kV und darunter) sowie im Verteilnetz von Ores/Resa“, erklärt Luc Norga, Mitarbeiter im Studiendienst der CSC Bau-Industrie & Energie (CSCBIE). „Investitionen sollten immer mit klaren industriepolitischen Prioritäten verbunden sein.“

Ein weiteres sensibles Thema ist der Zugang zum Netz. Vor allem Rechenzentren verbrauchen viel Energie und konkurrieren mit Industrieprojekten. Ein neues Dekret in der Wallonie soll den Netzzugang besser regeln. „Ziel ist eine effizientere Nutzung und klare Prioritäten für verschiedene Sektoren“, präzisiert Luc Norga.

Massive Investitionen

Die Elektrifizierung der Industrie führt zu einem deutlich höheren Stromverbrauch. Wenn dieser Strom zu teuer oder nicht ausreichend verfügbar ist, zahlen letztlich die Beschäftigten den Preis: Umstrukturierungen, Arbeitsplatzverluste, Werksschließungen. Die Energiefrage (Modernisierung der Stromnetze, Ausbau erneuerbarer Energien, Elektrifizierung der Industrie ...) steht daher – ebenso wie die Dekarbonisierung – im Mittelpunkt der Transformation und der Reindustrialisierung Europas und insbesondere der Wallonie.

Das Thema Strom geht weit über technische Aspekte hinaus. Es ist auch eine Frage der industriellen und sozialen Souveränität. Der enorme Investitionsbedarf stellt Industrie und öffentliche Hand vor große Herausforderungen, doch diese Investitionen sind unverzichtbar, um die Wallonie mit einer energieeffizienteren Industrie auszustatten und Arbeitsplätze zu sichern. Ohne entschlossene politische Maßnahmen zur Sicherstellung einer zugänglichen und bezahlbaren Energieversorgung droht der industrielle Niedergang der Wallonie – und damit der Verlust tausender hochwertiger Arbeitsplätze.

(Sehr) teurer Strom

Auf dem europäischen Energiemarkt hängt der Strompreis direkt vom Gaspreis ab. Dieser ist hoch und stark von geopolitischen Entwicklungen abhängig.

Diese Unsicherheit schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und bremst Investitionen. Ohne stabile Preise wird kaum ein Unternehmen langfristige Projekte starten, wie zum Beispiel den Bau eines Elektrolichtbogenofens (siehe rechts).

Strom: Watt Else?

Als Reaktion auf diese Situation führte die Europäische Union – wenn auch spät – den „Stahlplan“ ein. Ziel ist eine „nachhaltige, souveräne und wettbewerbsfähige“ europäische Stahlindustrie. Der Plan sieht vor allem vor, auf die Probleme hoher Energiekosten zu reagieren, zum Beispiel durch die Sicherung des Zugangs zu ausreichend Strom (Netzausbau, schnellere Anschlussverfahren), eine öffentliche Unterstützung für die Elektrifizierung industrieller Prozesse sowie die Förderung von Stromabnahmeverträgen (PPA). Ein PPA ist ein langfristiger Vertrag zwischen Stromerzeuger und Abnehmer, der die Versorgung sichert und Preisrisiken reduziert. Beispielsweise kauft ein Unternehmen direkt einen Teil der Produktion eines Offshore-Windparks. Mengen und Preise werden festgelegt, wodurch die Abhängigkeit von Marktschwankungen verringert wird.

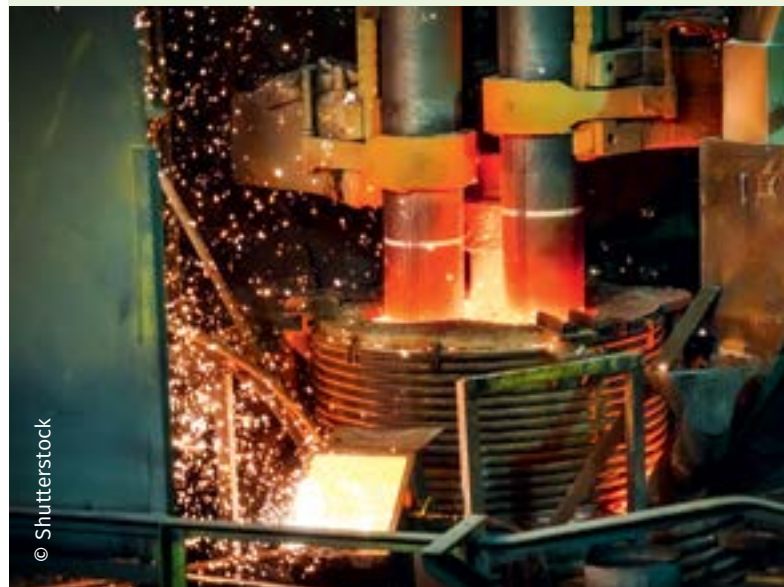
Elektrisches Stahlwerk

Der Stahlkonzern NLMK plant eine Investition von 1,2 Milliarden Euro für ein elektrisches Stahlwerk in La Louvière. Ziel ist die Produktion von „grünem Stahl“ (bis zu 2 Mio. Tonnen jährlich) aus recyceltem Schrott, dank dieses Lichtbogenofens. „Das Ziel dieses elektrischen Stahlwerks ist es, weniger zu verschmutzen und gleichzeitig einen Energiemix kombinieren zu können“, erklärt Amélie Rodriguez, Gewerkschaftssekretärin der ACV-CSC Metea. Sie sieht in diesem Projekt auch die Möglichkeit, „Arbeitsplätze zu erhalten oder sogar hundert Arbeiter für das Stahlwerk der russischen Gruppe einzustellen“. NLMK beschäftigt rund 1.200 Mitarbeiter an seinen drei Standorten in La Louvière, Manage und Clabecq.

Im Rennen bleiben

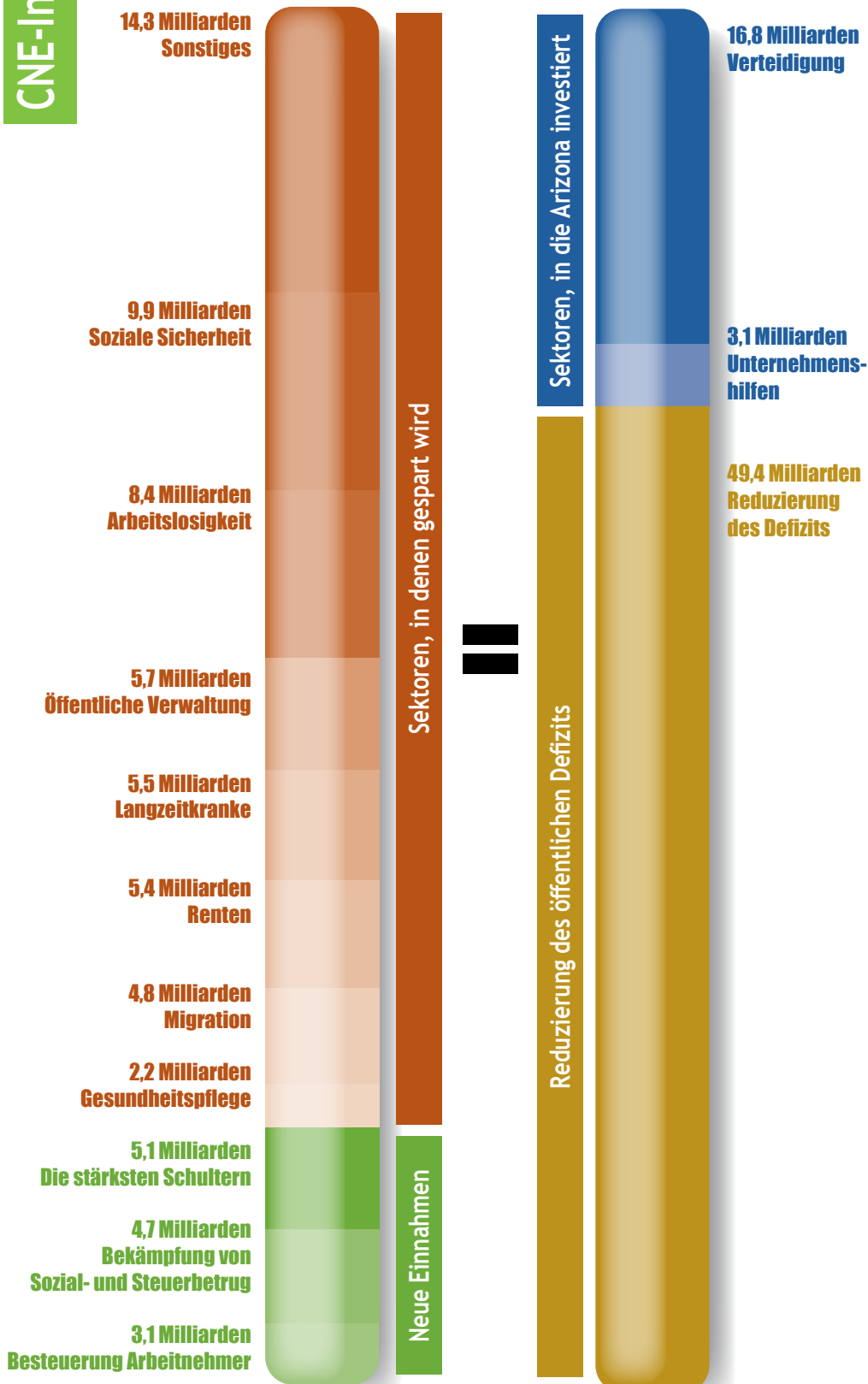
Nach der Analyse mehrerer Projekte entschied sich das Management, einen Elektroofen in La Louvière einzurichten. Die Inbetriebnahme ist für 2032 geplant (unter Vorbehalt der Freigabe von Investitionen). Ein Risiko bleibt: Ab 2028 sollen keine russischen Stahlvorprodukte mehr importiert werden. Alternative Materialien sind teurer und könnten die Rentabilität gefährden.

Die Lage in Europa verschlechtert sich aufgrund von Unterinvestitionen und sinkender Industrieproduktion. Auch die Iran-Krise und der Anstieg der Transportkosten tragen zu diesen Schwierigkeiten bei. Die Konkretisierung dieses Projektes wird zudem davon abhängen, ob das Unternehmen Zugang zu kohlenstoffarmem Strom zu einem wettbewerbsfähigen Preis erhält. Entscheidend wird auch eine erhebliche öffentliche Unterstützung sein, insbesondere von der Wallonischen Region, die 49 % der NLMK Belgien-Aktien besitzt.



© Shutterstock

Budgetentscheidungen der Arizona-Regierung in Zahlen



Die Arizona-Regierung von Premier Bart De Wever behauptet, dass die öffentlichen Kassen leer seien. Wir haben uns jedoch die Haushaltsankündigungen der Regierung für den Zeitraum 2025-2029 angesehen, um zu verstehen, wo sie wirklich spart und wo sie sich entscheidet zu investieren. Und so sieht es aus.

Die Zahlen zeigen deutlich, dass die Einsparungen bei Renten, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld und öffentlichen Dienstleistungen zunächst zur Reduzierung des öffentlichen Defizits, dann zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und schließlich zur Stärkung der Unternehmenshilfen verwendet werden.

Dazu gibt es aber Alternativen. Die Regierung hätte zum Beispiel den Steuerbeitrag der höchsten Einkommen erhöhen können, sodass diese mindestens so stark wie die Arbeitnehmer beitragen. Die Regierung hat sich entschieden, solche Wege nicht einzuschlagen. Das beweist eine einfache Realität: Die Sparpolitik ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung.

Quelle: Econospheres, 2026

Ein Bonus von 290.000 Euro

290.000 Euro: So hoch ist der Bonus, den in diesem Jahr 78.000 Samsung-Mitarbeiter in Südkorea erhalten. Ein bemerkenswertes Ereignis, das auch Inspiration für unsere aktuellen Gewerkschaftskämpfe sein kann.

Ende Mai haben die Beschäftigten der Halbleiterabteilung von Samsung eine Vereinbarung zwischen ihrer Gewerkschaft und dem Management angenommen. Diese sieht einen neuen Bonusplan für die nächsten zehn Jahre vor. Die Arbeitnehmer erhalten einen jährlichen Bonus in Höhe von 10,5 % des Gewinns in Aktien, zusätzlich werden 1,5 % des Gewinnzuwachses direkt als Lohn ausgezahlt. Für das Jahr 2026 entspricht dies einem Bonus von 290.000 Euro pro Arbeitnehmer.

Samsung: ein Staat im Staat

Um dieses außergewöhnliche Ergebnis zu verstehen, muss man den wirtschaftlichen Kontext betrachten. Samsung ist ein Industriegigant und der weltweit größte Hersteller von Mikrochips. Das Unternehmen steht für rund 35 % der gesamten südkoreanischen Exporte. Die Gewinne der Halbleitersparte sind durch den weltweiten Boom der künstlichen Intelligenz rasant gestiegen - innerhalb eines Jahres um 750 %.

Samsungs Mikrochips sind ein zentraler

Bestandteil von KI-Technologien, insbesondere von Rechenzentren, die aktuell stark wachsen. Diese enorme wirtschaftliche Bedeutung verschafft den Beschäftigten eine starke Verhandlungsposition. Bereits vor der Vereinbarung gehörten sie zu den bestbezahlten Arbeitnehmern im Land. Als sie mit einem langen Streik drohten, zog es das Management vor nachzugeben, statt die enormen Gewinne des KI-Booms zu riskieren.

Vom sozialen Terror zur Gewerkschaft

Dieser Erfolg wäre jedoch ohne die kollektiven Kämpfe der Arbeiter nicht möglich gewesen. Bis 2020 waren Gewerkschaften bei Samsung verboten. Über ein halbes Jahrhundert hinweg herrschte ein stark gewerkschaftsfeindliches Klima. Die Arbeitnehmer wurden überwacht, um jegliche gewerkschaftliche Struktur im Keim zu ersticken. Gleichzeitig dominierte eine Arbeitskultur, die totale Hingabe an das Unternehmen verlangte. Viele berichten von extremen Arbeitszeiten - tagsüber,

nachts und am Wochenende -, um die Nachfrage zu erfüllen.

Zudem war das Unternehmen in Gesundheitsskandale verwickelt. Wegen fehlender Präventionsmaßnahmen waren Arbeiter giftigen Substanzen ausgesetzt, was unter anderem zu einer Welle von Leukämiefällen führte. Um diese unmenschlichen Zustände zu bekämpfen, organisierten sich die Beschäftigten schließlich gewerkschaftlich und führten Kämpfe - mit dem heutigen historischen Ergebnis.

Lektionen für das Hier und Jetzt

Der Kampf der Samsung-Arbeiter steht in direktem Zusammenhang mit unserer Situation in Belgien. Auch wir kämpfen heute - allerdings darum, grundlegende Rechte zu verteidigen: soziale Rechte, gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht. Der Streik war auch bei Samsung der entscheidende Faktor für den Erfolg.

Die Ereignisse werfen zudem die Frage der Übergewinne auf. Bei Samsung entstehen sie durch künstliche Intelligenz. Aber es gibt auch die Überschüsse, die Energielieferanten dank des Krieges im Iran erzielt haben. Lasst uns dafür kämpfen, dass die Regierung diese überschüssigen Gewinne besteuert, um der Bevölkerung zu helfen, ihr Benzin und ihre Energie zu bezahlen.

Gleichzeitig stellt der Fall Samsung unser Gewerkschaftsmodell in Frage. Die Vereinbarung betrifft nur die Beschäftigten der Halbleitersparte. Ob sie andere Arbeiter inspiriert, bleibt offen. In Belgien hingegen ermöglichen branchenübergreifende Abkommen Lohnerhöhungen für alle Arbeitnehmer. Nicht nur für die profitabelsten Sektoren. Dieses Modell wird jedoch derzeit durch das Lohnstoppgesetz eingeschränkt. Eine weitere Herausforderung in unserem Kampf.

78.000 Samsung-Mitarbeiter erhalten einen Bonus von 290.000 Euro.



Auf den Spuren der Eupener Arbeiterbewegung

Mit einem historischen Stadtrundgang hat die CSC Ostbelgien an die Gründung der Christlichen Textilarbeitergewerkschaft in Eupen vor 130 Jahren erinnert. Vom Amtssitz des Ministerpräsidenten quer durch das Stadtzentrum und hinauf zur Moorenhöhe: Überall hat die Arbeiterbewegung in Eupen ihre Spuren hinterlassen. Vom Aufstieg der Eupener Tuchindustrie, den damit einhergehenden Arbeitskämpfen und der Schaffung der ersten christlichen Gewerkschaft: zu all dem erläuterte der Historiker Dr. Herbert Ruland die Hintergründe, erzählte spannende Anekdoten und gab interessante Einblicke in die Sozial- und Gewerkschaftsgeschichte unserer Region.

Petition für eine gerechtere Besteuerung

Mehr als 76.000 Bürger haben bereits unsere Petition für eine gerechtere Besteuerung in unserem Land unterschrieben. Das Parlament ist daher gesetzlich verpflichtet, uns zu empfangen und unsere Argumente anzuhören. Das ist ein großer Fortschritt. Aber je mehr von uns unterschreiben, desto lauter wird unsere Stimme sein.

Sie stellen es jeden Tag fest: Wenn Sie einkaufen oder tanken gehen oder sich die Stromrechnung anschauen: Das Leben wird immer teurer und die Ausgaben explodieren. In Belgien tragen die reichsten 1 % durchschnittlich nur 23 % ihres Einkommens zur Finanzierung des Staates bei, während es bei den normalen Bürgern 43 % sind.

Finden Sie das fair? Nicht wirklich. Gemeinsam mit vielen Experten haben wir Alternativen gefunden, um sicherzustellen, dass jeder gerecht und entsprechend seinen Mitteln beiträgt.

Deshalb zählen wir darauf, dass Sie die Petition unterschreiben. Reden Sie darüber mit Ihren Kollegen, in der Familie, im Freundeskreis. Gemeinsam senden wir der Arizona-Regierung eine Botschaft: Das muss sich ändern!



Arizona-Zeitung

Zum Start ins neue Sozialjahr hat die CSC Liège-Verviers-Ostbelgien letzten Mittwoch vor den Bahnhöfen von Eupen, Lüttich und Verviers die Arizona-Zeitung verteilt. In dieser Zeitung stellt die CSC ihre budgetären Alternativen vor.

Während die Regierung De Wever die Sparpolitik weiterhin als alternativlos darstellt, will die CSC aufzeigen, dass es einen anderen Weg gibt. *„Man sagt uns ständig, dass es keine Alternative gibt. Das stimmt nicht. Was fehlt, ist nicht das Geld. Es fehlt der politische Mut, es dort zu holen, wo es vorhanden ist“*, erklärt CSC-Gemeinschaftssekretärin Susanne Niessen.

Für die CSC ist es inakzeptabel, dass die Haushaltsanstrengungen erneut auf dem Rücken der Arbeitnehmer, Rentner, Kranken und Arbeitsuchenden ausgetragen werden. Bei jeder Krise sind es immer dieselben, die die Rechnung bezahlen. Gleichzeitig kosten Steuergeschenke und Optimierungsmechanismen die Gemeinschaft weiterhin Milliarden.

Mehr zum Thema in der nächsten CSC-Info-Ausgabe.

www.diecsc.be/Arizona

Jahresarbeitszeit

Im Juli hat die Föderalregierung in erster Lesung den Vorentwurf eines Gesetzes zur Jahresarbeitszeitregelung verabschiedet. Die durch sogenannte „Akkordeon-Arbeitszeiten“ ermöglichte Flexibilität wird sich negativ auf die Gesundheit, das Privatleben und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken. Mehr zum Thema in der nächsten CSC-Info-Ausgabe.